



ÖH KLAGENFURT
Österreichische Hochschülerinnen- und
Hochschülerschaft an der Universität Klagenfurt

avstrijska študentska organizacija, univerza v celovcu
austrian national union of students, university of klagenfurt

Stellungnahme der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Klagenfurt zur Verlängerung des §124b UG02

Die Reaktion der österreichischen Bundesregierung auf das EuGH-Urteil im Jahre 2005 mit dem die Zugangsbeschränkungen ermöglicht wurden, war eine schnelle und entsprechend undurchdachte. Die Universität Klagenfurt reagierte darauf und räumte die Möglichkeit der Beschränkung in den Fächern Betriebswirtschaft, Psychologie und Publizistik und Kommunikationswissenschaften ein. Da über den Sommer 2005 schnell eine Lösung gefunden werden musste, war diese dementsprechend nicht optimal. Deshalb wurde die Regelung im Jahr darauf abgeändert.

Da die Studierendenzahlen in Psychologie und Publizistik rückläufig waren, traten die Qualifikationsprüfungen nie in Kraft. Im Wintersemester 2004 inskribierten noch 182 Studierende Publizistik, im Jahr 2005 nur noch 148 und im Jahr darauf nur mehr 128. Ein befürchteter Ansturm ist also nicht eingetreten, obwohl die Qualifizierungsprüfungen, wie sie in Klagenfurt genannt werden, erst am Ende des ersten Semesters stattgefunden hätten. Die Regelung führte bei den Studierenden lediglich zu Unsicherheit und Verwirrung und bei der Universität zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand, der durch das Nicht-Inkrafttreten der Regelung nicht gerechtfertigt erschien.

Als Lösung für das Zugangsproblem, scheint eine verstärkte und bessere Beratung zur Studienwahl bereits in der Schule angebracht. Die von Minister Hahn angedachte Möglichkeit der Studienchecker ist eine verfolgenswerte Idee, die dazu führen könnte, dass beispielsweise Studierende der Publizistik an der Uni Klagenfurt darüber aufgeklärt werden könnten, dass sie nicht Journalismus sondern Kommunikationswissenschaften studieren. Finanzielle Mittel sind sicherlich besser in ausführlichere Beratung der angehenden Maturantinnen und Maturanten investiert als in die Verwaltung von Zugangsregelungen, die letztendlich nicht in Kraft treten. Bei der Beratung wäre eine Kooperation mit der ÖH sicherlich hilfreich und notwendig.

Außerdem könnten mehr finanzielle Mittel für die betroffenen Fächer bereitgestellt werden um mehr Lehrveranstaltungen anbieten zu können.

Die bisherige Lösung des Zuganges mit Hilfe des §124b hat sich für die Studierenden als nicht zielführend und keinesfalls als die Beste Lösung herausgestellt. Somit plädiert die ÖH Klagenfurt gegen die Verlängerung des §124b und der damit verbundenen Beschränkungsmöglichkeit der Fächer Betriebswirtschaft, Psychologie und Publizistik und Kommunikationswissenschaft.

Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Klagenfurt
Körperschaft öffentlichen Rechts
Universitätsstraße 65-67, 9020 Klagenfurt
Telefon: +43 (463) 2700-8800, Fax: +43 (463) 2700-8899
E-Mail: servicecenter@oeh-klagenfurt.at, Website: www.oeh-klagenfurt.at
Bankverbindung: Bank Austria, BLZ: 12000, Kontonummer: 78018909700

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem das Universitätsgesetz 2002 geändert werden soll

Der neue Gesetzesentwurf stellt in diesem Sinn nur die zweijährige Verlängerung des Gesetzes, das den Universitäten die Möglichkeit gibt, Zugangsbeschränkungen in den sogenannten „Massenstudien“ durchzuführen, dar. Wir, die Studienvertretung Psychologie, lehnen Zugangsbeschränkungen aller Art vehement ab, da sie keinesfalls einer Lösung entsprechen, sondern das Problem nur verlagern. Hierbei sollte auch hervorgehoben werden, dass es überhaupt nicht zu viele Studierende in Österreich gibt, sondern in Wahrheit zu wenige, was die EU-weite AkademikerInnen-Quote bestätigt.

Trotzdem, dass im letzten Studienjahr 2006/07 nur 180 Menschen für Psychologie inskribiert haben (Daten der Studienabteilung), wurde eine einer Qualifizierungsprüfung ähnliche Klausur durchgeführt. Wir folgern daraus, dass die Studierenden der Willkür der Universitäten ausgesetzt sind und fordern für unsere Studienrichtung vor allem in Fällen, in denen die Quote von 250 Erstsemestrigen nicht erreicht wird, „normale“ Studienbedingungen.

Durch Zugangsbeschränkungen, den damit einhergehenden und wie oben aufgeführtes Beispiel beweist, oft unberechtigten Selektionen unter Studierenden durch sog. „Qualifizierungsprüfungen“ oder auch durch die Studiengebühren werden vor allem sozial Schwächere, wie z.B. Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien und Frauen, benachteiligt. Aus unserer Sicht ist die einzige Lösung, die Studienbedingungen zu verbessern, mehr Geld in die Bildung zu investieren. Die in der Politik Verantwortlichen sollten sich in diesem Sinn etwas „Richtiges“ ausdenken anstatt eigentlich kurzfristig gedachte "Notlösungen" zu verlängern.

Die Studienvertretung Psychologie
Der Alpen Adria Universität Klagenfurt



ÖH KLAGENFURT
Österreichische Hochschülerinnen- und
Hochschülerschaft an der Universität Klagenfurt

avstrijska študentska organizacija, univerza v celovcu
austrian national union of students, university of klagenfurt

Studienvertretung Publizistik und Kommunikationswissenschaft lehnt Verlängerung des §24b UG02 entschieden ab.

Seit Wintersemester 2005 spukt bei den Studierenden der Psychologie, Angewandten Betriebswirtschaft und Publizistik und Kommunikationswissenschaft das Wort Zugangsbeschränkungen in den Köpfen umher.

Eigentlich als Notlösung des Ministeriums gedacht, scheint nun eine Verlängerung des Gesetzes fix zu sein. Hat denn das Ministerium nichts gelernt? Zwei Jahre waren Zeit, mit einer zu diesem Thema kooperativen ÖH eine bessere, fairere Methode zu finden, wie bestimmte Studienrichtungen mit dem Studierendenansturm fertig werden könnten. Doch nun wird eine schon 2005 als Notlösung und Panikreaktion verabschiedete Regelung einfach verlängert. Dies lehnen wir entschieden ab.

Es muss eine bessere Aufklärung über die in Österreich möglichen Studien, bessere Beratung im Vorfeld zum Studium, und vor allem mehr Geld für ausgebauten Infrastruktur und zusätzliches Lehrpersonal auf den betroffenen Universitäten geben.

Als Studienvertretung ist unser wichtigstes Anliegen natürlich, die vorliegenden Studienbedingungen bestmöglich zu unterstützen, was sich mit durch unnötige Zugangsbeschränkungen verunsicherten Studierenden deutlich schwerer gestaltet.

Wir zeigen uns enttäuscht, dass das Ministerium den deutlich erkennbaren „Schuss ins Knie“ von 2005 scheinbar wiederholen möchte.

*Studienvertretung Publizistik und Kommunikationswissenschaft
an der Universität Klagenfurt*